

der WELLENBRECHER

► Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

4. Jahrgang / Ausgabe 23 - Nr. 6 / 2014

www.die-linke-nwm.de



DIE LINKE zeigt sich kämpferisch



297 Mitglieder zählt der Kreisverband Nordwestmecklenburg und davon nahmen 83 Genossinnen und Genossen am Kreisparteitag am 15. November in der Malzfabrik teil. Der Kreisvorsitzende begrüßte zu Beginn Dietmar Bartsch, Martina Bunge und Simone Oldenburg, 2 neue Mitglieder und 5 Gäste.

Das Besondere an diesem Parteitag - keine langen und störenden Wahlhandlungen sollten einer Diskussion zu aktuellen Problemen im Wege stehen. Gleich 5 Anträge - eingereicht durch die

Mitglieder des Kreisvorstandes und der BO Gadebusch - lieferten die Diskussionsgrundlage. Am Ende der Versammlung und nach einer intensiven Debatte blieb ein Antrag auf der Strecke und 4 wurden zum Teil mit Änderungen mehrheitlich angenommen.

Hervorgehoben werden muss auch das Spendenergebnis von 1202 € Angesichts der angespannten Finanzlage im Kreisverband stimmt uns diese Bereitschaft zuversichtlich. Ein herzlicher Dank nochmals an die Spender.



Über 80 Mitglieder des Kreisverbandes Nordwestmecklenburg unterbrachen am 15. November 2014 ihren Parteitag und protestierten vor dem Amtsgericht Grevesmühlen gegen die Gerichtsstrukturreform der Landesregierung. Mit dieser Reform sollen u.a. von den 21 Amtsgerichten im Land 5 geschlossen und weitere 6 (z.B. Grevesmühlen) in Zweigstellen umgewandelt werden.

In ihren Ansprachen kritisierten Dietmar Bartsch und Renate Lüders, dass mit der Reform Kosten

gespart werden sollen, zu Lasten der Bürger, die weite Wege in Kauf nehmen müssen. Simone Oldenburg konnte berichten, dass über 142.000 Bürger das vom Richterbund und dem Verein Pro Justiz initiierte Volksbegehren unterschrieben haben und damit die notwendigen 120.000 Unterschriften überboten wurden. Mitglieder der LINKEN haben das Volksbegehren seit Beginn unterstützt und wesentlich zu dem Ergebnis beigetragen.

Von Peter Vorbau

Aus der Diskussion:

Der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch hielt den Eröffnungsvortrag. Er hat der Bundesregierung vorgeworfen, kein Konzept gegen die sich abschwächende Konjunktur zu haben. Nach Gesetzen zu Mindestrente, Rentenreform und Energiewende, die maßgeblich durch unseren Druck verabschiedet wurden, jedoch weder Rentenrecht beseitigt noch nachhaltig zum Klimaschutz beitragen, befindet sich die Bundesregierung im Tiefschlaf. Stattdessen steht die Maut im Fokus. Auch die außenpolitischen Themen Ukraine und Islamischer Staat sowie Regierungsbildung in Thüringen standen im Mittelpunkt seiner Rede.

Björn Griese berichtet über die Arbeit der Fraktion und kritisierte dabei die Landrätin Kerstin Weiss, die sowohl bei der Beigeordnetenwahl als auch bei den ersten Kreistagsbeschlüssen ihr „wahres Gesicht“ zeigte.

Simone Oldenburg und Luise Krüger kritisierten in diesem Zusammenhang den Antrag des Kreisvorstandes. Einen „neuen Kurs“ hat die Kreistagsfraktion nicht nötig - das Wahlprogramm ist Grundlage der Arbeit der Fraktion.

Einen herzerfrischende, kritischen und zugleich motivierenden Redebeitrag lieferte Manfred Görtz, ehemaliger Bürgermeister Bülow. Mehrheitlich angenommen wurden die Anträge:

- Keine Waffen in die Welt! Friedenswirtschaft statt Militärwirtschaft!
- Kreisumlagerhöhung ist nicht mit LINKS zu machen!
- Konzept zur Sicherstellung der politischen Arbeit entwickeln!
- Bürgerbegehren zum Erweiterungsneubau des Kreises in Wismar

Den vollständigen Wortlaut der Beschlüsse könnt ihr von der Geschäftsstelle anfordern. Rainer Raeschke hat dort die Geschäftsführung vorläufig übernommen, da Björn Griese den erkrankten Landesgeschäftsführer vertreten muss.

Von Frank Wuttke

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

ein arbeits- und ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Zeit für uns, kurz mal inne zu halten und Danke zu sagen: Danke für eure geleistete Arbeit. Danke für die Zeit, die ihr für die ehrenamtliche Parteiarbeit aufgebracht habt. Danke für die Geduld, die ab und an notwendig ist, um das Ziel zu erreichen. Und danke, dass ihr euch eingebracht, beteiligt, mitgewirkt und Wahnsinnsarbeit geleistet habt.

Ohne Euch wäre das erreichte Ergebnis der DIE LINKE in Nordwestmecklenburg nicht möglich gewesen. Wir sind im Kreistag Nordwestmecklenburg wieder drittstärkste Kraft nach der CDU und der SPD geworden. Mit unserer Hilfe wurde Frau Weiss als Landrätin gewählt. Richtig ist leider auch, dass die SPD unseren Kandidaten für die Wahl des 2. Beigeordneten nicht unterstützt hat. Trotzdem hat unser Kandidat bei den Landratswahlen als auch bei der Wahl des 2. Beigeordneten ein beachtliches Ergebnis erzielt. Was die zukünftige Zusammenarbeit mit der SPD betrifft, so wird diese kritischer und distanzierter ausfallen als bisher. Es hat sich leider bestätigt, dass auf die SPD wieder einmal kein Verlass war. Ich möchte an dieser Stelle Bündnis90/DIE GRÜNEN danken, deren Zusammenarbeit ich als Bereicherung und immer auf gleicher Augenhöhe und als aufrichtig angesehen habe. Ich denke, dass es in den kommenden 4 Jahren nicht nur im Kreis wichtig ist, kritisch und selbstbewusst Oppositionsarbeit zu leisten und die SPD von links gehörig unter Druck zu setzen.

Viele Herausforderungen warten auch 2015 auf uns. Einige können wir nicht beeinflussen, viele dagegen schon. So werden wir im Frühjahr einen neuen Kreisvorstand wählen und ich bitte Euch schon jetzt, Kandidatinnen und

(Fortsetzung auf Seite 2)



Joachim Wölm

Die 5 Fragen

1. Du hast dir sicher für deine Amtsperiode einiges vorgenommen. Konntest du schon etwas davon auf den Weg bringen?
2. Gelingt dir eine sachbezogene Zusammenarbeit mit der Gemeindevertretung, wenn notwendige Entscheidungen im Interesse der Bürger zu treffen sind?
3. Welche dringenden Probleme in der Gemeinde sind ohne Hilfe von außen nicht lösbar?
4. Was hat dir in diesen ersten Tagen nach der Wahl zum Bürgermeister die größten Schwierigkeiten bereitet?
5. Gibt es etwas, worüber du dich in diesen ersten Tagen besonders freuen konntest?

(Fortsetzung von Seite 1)

Kandidaten dafür zu suchen. Bitte spricht Genossinnen und Genossen daraufhin an, diskutiert und motiviert sie, in einem neuen Kreisvorstand mitzuarbeiten. Unser Kreisverband braucht neue Gesichter und einen Generationswechsel, er ist längst überfällig!

Lasst uns gemeinsam für eine bessere, gerechtere und friedlichere Welt arbeiten, streiten, kämpfen und erfolgreich wirken. Im diesem Sinne wünsche ich Euch allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2015

**Euer Kreisvorsitzender
Roy Rietentidt**



Hundert Tage nach der Wahl

Redaktion Wellenbrecher befragte die Bürgermeister der LINKEN

1. In der Amtsperiode als Bürgermeister der Gemeinde Bad Kleinen geht es mir vor allem darum, die Gemeindevertreterinnen und -vertreter sowie unsere Einwohnerinnen und Einwohner dafür zu sensibilisieren, dass wir nur gemeinsam etwas verändern und weiterentwickeln können, um unsere Gemeinde nicht nur „wohnsenswert“ sondern auch lebenswert zu gestalten. Begonnene Projekte werden zu Ende geführt und Neue angepackt, wie die Verschönerung und Ausbau von Wegen, Straßen und Häusern. Dazu sind Ideen und Mitarbeit aller gefragt.

Wichtig für mich ist der Erhalt und Ausbau des Schulstandortes Bad Kleinen mit den dazugehörigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit. Hier sind wir auf einem guten Weg. Künftige zurückgehende Schülerzahlen machen dieses Vorhaben sicher nicht einfach. Aber Bad Kleinen als Grundzentrum mit fast 4000 Einwohnern muss den Schulstandort behalten, dafür werde ich kämpfen.

2. Im Vorfeld der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung haben sich die Fakti-

onsvorsitzenden der in der Gemeindevertretung vertretenen Parteien auf eine sachbezogene Zusammenarbeit verständigt. Ich kann nach den ersten Sitzungen sagen, es geht bei uns um die Sache, nicht um „Parteiengeklänkel“. In den Ausschüssen wird konstruktiv und sachbezogen gearbeitet, so auch in der Gemeindevertretung. Wir sagen uns auch mal hart aber immer fair die Meinung, nur so kommen wir unserer Aufgabe, im Sinne unserer Einwohnerinnen und Einwohner als deren Vertreter zu handeln, nach. Ich spreche die berechtigte Hoffnung aus, dass es auch so bleibt.

3. Bei einigen Vorhaben, die auch mal akut auftreten können, wie zum Beispiel der große Wasserschaden in unserer Kita oder planmäßiger verschiedener Bauvorhaben brauchen wir Hilfe von außen. Nicht immer wurde oder wird uns dabei Hilfe zuteil.

Ein dringendes Problem ist sicher die Beseitigung von, wie es so schön heißt, städtebaulichen Missstand. Hier benötigen wir unbedingt Hilfe durch Fördermittel, zurzeit gestaltet sich das aber sehr kompliziert.

4. Zu den größten Schwierigkeiten nach der Wahl, das hält leider bis heute an, ist das so genannte Zeitmanagement. Da ich im Arbeitsprozess als Jugendsozialarbeiter voll gefordert werde, lege ich anstehende Termine möglichst außerhalb meiner Arbeitszeit. Das führt dazu, dass ich im Moment so ausgelastet bin, dass ich kaum oder keine Zeit habe, um mit unseren Einwohnerinnen und Einwohnern ins Gespräch zu kommen, was für einen Bürgermeister sicher sehr wichtig ist. Vielleicht wird das mit zunehmender Zeit ja besser.

5. Es gibt sicherlich auch erfreuliche Momente als Bürgermeister, so zum Beispiel die oben genannte gute Zusammenarbeit in den Ausschüssen und der Gemeindevertretung.

Auch war ich darüber ebenso überrascht und erfreut, dass mir Einwohnerinnen und Einwohner nach der Wahl spontan gratuliert haben und ihrer Erwartung Ausdruck verliehen, „das sich jetzt endlich was bewegt in Bad Kleinen“...

Joachim Wölm

Wariner BO wählte neuen Vorstand

Basisorganisation steckte die nächsten kommunalpolitische Ziele ab

Die Basisorganisation der Partei DIE LINKE in Warin wählte im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung den Vorstand neu.

Von Ute Spriewald

„Die Aktiven sind jedoch dieselben“, betont die alte und neue Vorsitzende Ute Spriewald. Der Vorstand und die Mitglieder der Stadtvertretung sowie der Ortsteilvertretung arbeiten seit jeher eng zusammen. Eike Dettmann aus Büschow ist seit Aufnahme seines Studiums in Rostock aktiv. Sein Platz im Vorstand nimmt nun Andreas Spriewald ein, der für DIE LINKE im Stadtparlament sitzt. Wieder in den Vorstand gewählt wurden Ines Reeck, Roswitha Auert, Kurt Dombrowski und Björn Griese.

Auf folgende Themen, die sofort angegangen werden sollen, verständigten sich die Wariner LIN-

KEN in der vergangenen Woche, so informiert Ute Spriewald:

„Wir wollen Themen setzen, die die Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner betreffen.“

So wollen wir, dass im Stadthaushalt für das kommende Jahr Mittel für eine Schwimmschwimminsel bereitgestellt werden, um die Arbeit der DLRG zu unterstützen. Die Schwimmkurse sind sehr gefragt und geben Kindern und Eltern Sicherheit.

Auch die Kinderspielplätze sollen sicher sein, deshalb wollen wir jährliche Unterhaltungskosten im Stadthaushalt verankern.

Wir wollen außerdem eine Veranstaltung organisieren, in der das Nahverkehrskonzept des Landkreises öffentlich vorgestellt wird. Um den ÖPNV optimal zu nutzen und Anregungen zur Verbesserung des

öffentlichen Verkehrs geben zu können, sollten alle Bürgerinnen und Bürger Warins dieses Konzept kennen. Was ändert sich künftig am ÖPNV für Warin und welche Auswirkungen ergeben sich aus der Lage Warins an der Kreisgrenze, wollen wir hinterfragen.

Zudem wollen wir Warin als Schulstandort festigen. Wo über Jahre die Regionalschule Platz hatte, reicht er auch um neben der Grundschule auch die Orientierungsstufe (Klasse 5 und 6) für Wariner Schülerinnen und Schüler zu beherbergen, zumal es in Neukloster eng wird. Die Regionalschule Neukloster und die Schule Warin könnten kooperieren. Auf Dauer hilft das beiden Schulstandorten. Derzeit arbeitet der Kreis am Schulentwicklungskonzept, die Idee sollte bei den Verantwortlichen ankommen und geprüft werden.

Kreistagsfraktion nutzte Klausurtagung für klare Positionierung

LINKE will Menschen der Region stärker beteiligen bei Neubau und Nahverkehr



Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Nordwestmecklenburg befasste sich in ihrer Klausurtagung 24. und 25. Oktober in Lübstorf mit den derzeit anstehenden Themen im Kreis NWM, unter anderem mit dem Nahverkehrsplan und den anhaltenden Diskussionen um den Neubau des Verwaltungssitzes in Wismar.

Der Fraktionsvorsitzende Björn Griese zu den Ergebnissen der Klausur:

Für unsere Fraktion ist klar, die Themen "Millionenneubau in Wismar" und Nahverkehr beschäftigen die Menschen und sind Weichenstellungen für viele Jahre, da ist es wichtig, transparent zu handeln und die Menschen mitzunehmen. Hinsichtlich des Neubaus

liegen Anträge anderer Fraktionen vor, die wir vom Grunde her durchaus teilen. Klar ist für uns: Wenn die Kostenseite sich weiter so entwickelt wie bisher müssen Alternativen geprüft werden, die zum damaligen Zeitpunkt des so genannten Grundsatzbeschlusses noch nicht bekannt waren. Die Entscheidung für Wismar tragen wir weiterhin mit, aber eine noch stärkere Belastung der Gemeinden,

um einen Neubau zu finanzieren, nicht!

Für DIE LINKE ist der Entwurf zum Nahverkehrsplan ein guter und innovativer Ansatz, den ÖPNV in der Fläche zu sichern und zu verbessern. Wir wollen als LINKE den ländlichen Raum besser anbinden und somit sowohl die demografische Entwicklung als auch die Lebensqualität in NWM im Auge behalten. Das Konzept sieht mehr Busse auf den geplanten Hauptachsen vor, verbunden mit einem harmonisierten Tarifsystem und einer sinnvollen Anbindung der Regionen an diese Hauptachsen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Wir bemängeln jedoch, dass offensichtlich zu wenige Ämter und Gemeinden die Gelegenheit hatten, sich mit dem Konzept zu beschäftigen und Stellung zu beziehen. Schon im letzten Jahr kritisierten wir den Zeitablauf, da die Beteiligung in die Phase der Kommunalwahlen fiel. Die Auswertung der Anhörungsphase liegt uns erst

seit einigen Tagen vor.

Wir fordern deshalb auf der kommenden Kreistagssitzung mit einem Dringlichkeitsantrag eine erneute Beteiligungsrunde der Kommunen zum Nahverkehrsplan. Nur wenn alle Beteiligten sich mit sachlichen Anregungen und Ideen einbringen können und Gehör finden, können wir am Ende das Ziel einer besseren Versorgung und guten Auslastung wirklich erreichen.

Bei beiden Themen zeigt sich, dass es wichtig ist, die Menschen mitzunehmen und ggf. die laufenden Prozesse und Entscheidungen zugunsten einer sozial gerechten Politik zu revidieren. Beide Themen binden langfristig viel Geld und schränken auch Handlungsspielräume durch die sich daraus ergebenden Belastungen des Kreishaushaltes ein. Gerade deshalb ist es wichtig, ruhig, besonnen und transparent zu handeln.

Umsetzung der Ziele aus Klausurtagung hat begonnen

Wismarer Bürgerschaft beschließt einstimmig den Antrag der Fraktion DIE LINKE

Als erste Maßnahme nach der Klausurtagung konnte die Bürgerschaftsfraktion, mit ihrem Antrag zur zweimaligen Beratung der Haushaltsvorlagen in den Ausschüssen, die Zustimmung aller Fraktionen erreichen.

Von Uwe Boldt

Mit Einführung der doppelten Haushaltsführung sollte alles einfacher und transparenter werden, die Abgeordneten erkennen jedoch, dass bei den Vorlagen sehr viel hinter 'Sonstiges' und hinter 'Verwaltungshandeln' untergebracht ist. Die Zusammenfassung vieler einzelner Maßnahmen unter einer sehr abstrakten Überschrift macht eine Beurteilung unmöglich und alternative Vorschläge können somit nicht erarbeitet werden. Deshalb ist eine sehr intensive Arbeit in den Ausschüssen erforderlich geworden, die nur in mehreren Sitzungen bewältigt werden kann. Die Möglichkeit, nach der ersten Ausschusssitzung noch einmal die Problemfelder des

Haushaltes zu besprechen und erneut im Ausschuss zu diskutieren ist somit erstmals möglich geworden.

Damit ist die Umsetzung eines wesentlichen Punktes, der Klausurtagung von Ende September, bereits in der Oktobersitzung der Bürgerschaft in Angriff genommen worden. Je weniger Spielräume für den Einsatz finanzieller Mittel zur Verfügung stehen desto mehr kommt es darauf an, dass möglichst alle Haushaltspunkte diskutiert und bewertet werden.

Neben diesen für die kommenden Wochen bestimmenden Arbeitsschwerpunktes der Fraktion wird mittelfristig die deutliche Verbesserung des Informationsvorlaufes zu kommunalen und überregionalen Investitionsvorhaben angestrebt.

Die möglichst frühzeitige Einbindung der Bürgerschaft und der Einwohner bei deren Vorbereitung und Realisierung soll einen zweiten Schwerpunkt bilden. Häufig wurde in der Vergangenheit bei

Problemen in der Vorbereitung und Realisierung von Investitionen so spät informiert, dass eine Einflussnahme auf Entwicklungen nicht mehr möglich war. Meistens wurde es in der Realisierungsphase erforderlich, dass deutlich mehr Geld für diese Vorhaben bereitgestellt werden musste um diese Objekte überhaupt noch fertigstellen zu können.

In diesem Prozess ist die Bürgerbeteiligung sowohl in dem Teil der Pflichtaufgaben (z.B. Auslegungen nach Baugesetzbuch) als auch im Freiwilligenbereich weiter auszubauen.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Klausurtagung bezog sich auf unsere vom Tourismus geprägte Region und dabei auf die weitere Ausgestaltung von einheitlich auf einander abgestimmten Angeboten für unsere Gäste. Das immer noch anzutreffende kleinteilige Denken, das 'wir' und 'ihr' in Stadt und Kreis wird von den Gästen häufig nicht verstanden. Von den Touristen wird NWM und Wismar als einheitliche Region wahrgenom-

men. Dem sollten deshalb auch beide Parlamente Rechnung tragen und Wege zur noch intensiveren Zusammenarbeit finden. Langfristiges Ziel ist es ein einheitliches Tourismuskonzept für Stadt und Kreis zu schaffen, in dem die Tourismusunternehmen und deren Beschäftigte sich umfassend mit einbringen können.

der **WELLENBRECHER**

Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
Am Schilde 7a, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Uwe Boldt, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau u. Frank Wuttke



Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.02.2015

LESESTOFF



AUSGABE 34 – 04.11.2014

Geheimabkommen bedrohen Ihren Alltag

Was die Abkommen TTIP und CETA für Ihren Alltag bedeuten – vom Trinkwasser bis zum Arbeitsplatz. Außerdem: der löchrige Mindestlohn, die große Infografik über Kriege und Fluchtbewegungen weltweit, NSA-Spionage, die Steuertricks der Konzerne. Zudem gibt's Reportagen, Kommentare, Karikaturen und ein Preisrätsel.



AUSGABE 33 – 08.10.2014

Konflikte friedlich lösen

Alternativen zum Krieg – das ist der Schwerpunkt der neuen clara, unter anderem mit einem Essay von Gregor Gysi, einer Fotoreportage und vielen Infografiken. Außerdem berichtet clara über die vielen Ausnahmen beim gesetzlichen Mindestlohn, beleuchtet die jüngsten Entwicklungen rund um die Handelsabkommen TTIP und CETA und schaut hinter die Kulissen des Untersuchungsausschusses zum NSA-Skandal.

**Unterschriftenaktion gegen TTIP mit Infostand gestartet****Die Mitglieder des Stadtverbandes der LINKEN starteten gemeinsam mit attac Wismar« Unterschriftenaktion in der Hansestadt**

Von Uwe Boldt

Am 16.10.2014 hatten sich Mitglieder des Wismarer Stadtverbandes der LINKEN, von attac Wismar und aktive Bürger um 10.00 Uhr auf dem Marktplatz zu einem gemeinsamen Infostand verabredet. Im Rahmen der selbstorganisierten europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA starteten sie gemeinsam diese europäische Initiative in der Hansestadt Wismar.

Mit ihrer Unterschrift fordern die Bürger Europas die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

zu stoppen, sowie das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

Es geht darum, TTIP und CETA zu verhindern, da sie für Investoren Schiedsverfahren gegen einzelne Staaten außerhalb der Rechtsstaatlichkeit ermöglichen und Regelungen zu Kooperationsvereinbarungen enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Die Europäische Bürgerinitiative will verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte EBI unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.

Viele Bürger und Gäste Wismars nahmen das Informationsangebot

dieser Initiative an. Sie zeigten sich sehr besorgt über die Entwicklung und äußerten ihr Unverständnis über die Geheimhaltung der Verhandlungen zwischen der EU, den USA und Kanada. Insgesamt gaben 96 Bürger mit Unterschrift ihrem Protest Ausdruck und stellten sich somit hinter die über 200 nichtstaatlichen Organisationen Europas, die diese Initiative ins Leben gerufen haben.

Insgesamt sind über eine Million Unterschriften und die Überwindung eines Länderquorums in 7 Mitgliedsstaaten (Deutschland 72.000) erforderlich, um einen Rechtsakt zur Anhörung im Europäischen Parlament zu erzwingen. Um dieses Ziel sicher zu erreichen sind weitere Aktionen erforderlich. Das Internet bietet darüber hinaus u.a. auf den Seiten der LINKEN und von attac Deutschland interessierten Bürgern die online-Stimmabgabe.

Die europäische Bürgerinitiative lässt sich nicht bremsen

Weil die EU-Kommission eine offizielle Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA verweigerte, wird sie nun von inzwischen ca. 290 Organisationen aus Europa selbst organisiert. Mehr als 1 Mio. Unterschriften werden angestrebt, damit die Handels- und Investitionsabkommen politisch nicht durchsetzbar sind. Am 12.11. hat-

ten sich schon 878.290 Europäer per Unterschrift dagegen ausgesprochen. Jeder von uns sollte dazu beitragen, dass es noch mehr werden. Dafür gibt es vielfältige Möglichkeiten – auf Sammellisten (in der Geschäftsstelle erhältlich) und im Netz auf www.campact.de/ttip-ebi/ebi-appell/teilnehmen/. Am 10. Nov. hat das Bündnis vor-

dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegen die Nichtzulassung durch die EU-Kommission Klage eingereicht. Sie akzeptiert deren Begründung nicht, wonach EBI gegen laufende Verhandlungen nicht zulässig seien, weil nach Abschluss solcher Verträge ohnehin kein Bürgereinfluss mehr möglich ist. (L. Tannhäuser)

Was wurde aus den Träumen?

Vor 25 Jahren, am 9. November 1989, fiel die Berliner Mauer.

Von *Dietmar Bartsch*

Fast jeder weiß noch, wo er an diesem Tag gewesen ist, was er gemacht hat. Die meisten können sich auch gut daran erinnern, was ihnen in den Herbsttagen des Jahres '89 durch den Kopf ging. Es war eine Zeit großer Gefühle, von „Wahnsinn“ bis zu völliger Verzweiflung war alles dabei. Ein Vierteljahrhundert später hat sich manche Hoffnung erfüllt und manche Befürchtung bewahrheitet.

Helmut Kohl versprach damals blühende Landschaften, was mir immer ein bisschen zu sehr nach nordkoreanischem Parteiprogramm klang. Aber in Schwerin strahlte nicht nur die BUGA, hier wie anderswo hat sich vieles in unseren Städten und Gemeinden zum Positiven verändert. Das ist nicht zu leugnen. Nicht zu übersehen ist allerdings auch, dass mittlerweile vielerorts der Putz bröckelt – in Schulen und Krankenhäusern, in Sportstätten und Kultureinrichtungen und zwar in Ost und West. Die Bundesregierung berauscht sich an einem schuldenfrei geplanten Haushalt, fährt das

Land auf Verschleiß und setzt die Zukunft aufs Spiel.

Wir Ostdeutsche haben nach dem Mauerfall vieles hinzugewonnen, denke ich nur an Gedanken-, Versammlungs- und Reisefreiheit.

Doch gerade Letzteres findet auch deutliche Grenzen. Nicht mehr an denen des Landes, sehr wohl aber im Portemonnaie. Spitze ist der Osten nach wie vor bei Arbeitslosigkeit und geringfügiger Beschäftigung.

Im Vergleich aller Bundesländer liegen die fünf ostdeutschen bei der Steuerkraft und bei den Vermögen deutlich am Tabellenende.

Wie es aktuell um die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bestellt ist, offenbart jeder Sozialatlas: die Umrisse der DDR werden haarscharf abgebildet. Eine Umkehr ist nicht in Sicht. Die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland nähern

sich denen in Westdeutschland nur noch schleichend an, meldete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Beim Bruttoinlandsprodukt ist der Osten jetzt bei 75,5 Prozent des Westniveaus ange-

kommen. Zwischen 2001 und 2012 gab es alle drei Jahre eine Angleichung um ein Prozent. Wird dieser Spaziergang fortgesetzt, werden wir gleichwertige Verhältnisse immerhin bis zum hundertjährigen Jubiläum der deutschen

Einheit erreichen! Die Renteneinheit hat die Kanzlerin bereits für 2020 versprochen. Ein toller Trost!

DIE LINKE kämpft erfolgreich um einen festen Platz im demokratischen und politischen System der Bundesrepublik. In Mecklenburg-Vorpommern wurde die Partei einst in Regierungsverantwortung gewählt und wieder abgewählt. Ja,

„Mir ist eben mitgeteilt worden, der Ministerrat der DDR hat beschlossen die Grenzübergänge von der DDR zur Bundesrepublik und Westberlin zu öffnen. So weit ich weiß gilt diese Regelung unmittelbar.“

Günter Schabowski



beides gehört zur Demokratie! Dass unsere Partei 2001 in Ostvorpommern erstmals eine Landrätin und 2008 in Schwerin die erste Oberbürgermeisterin einer Landeshauptstadt stellte, war zunächst eine Sensation und ist inzwischen eine Normalität. Im Norden ist der von einigen befürchtete, von anderen erhoffte Sozialismus nicht eingezogen. Aber Helmut Holter, Wolfgang Methling, Barbara Syrbe, Angelika Gramkow und viele andere – vor allem an der Basis der Partei! – haben bewiesen, dass sie seriöse Politik für soziale Gerechtigkeit betreiben ohne Wunder vollbringen zu können. Da machen wir weiter.

Vergleichbare Lern- und Unterrichtsbedingungen schaffen

Wir streiten für ein chancengleiches Lernen für alle Schülerinnen und Schüler

In MV haben die Schulen die Wahl, ob sie zwei oder eine oder gar keine Klassenarbeit in Biologie oder Physik schreiben. In MV haben die Schulen die Wahl, ob sie drei Stunden Deutsch in Klasse 7 unterrichten oder vier oder zwei. In MV haben die Schulen die Wahl, ob sie einem Kind mit einem Notendurchschnitt von 1,5 oder 2,0 oder 3,0 die Schullaufbahnempfehlung für das Gymnasium geben oder ob es gleich gar keine schulinternen Festlegungen gibt. In MV unterscheidet sich die Wertigkeit der Zensuren von Schule zu Schule. In MV existieren Bewertungen, die weit entfernt von Vergleichbarkeit sind.

Das sind keine vergleichbaren Unterrichts- und Lernbedingungen. Unser Schulsystem ist noch ein ganzes Stück davon entfernt, den Kindern und Jugendlichen vergleichbare schulische Voraussetzungen zu gewähren; davon entfernt, eine chancengleiche und



gerechte Bildung an jeder Schule und erst recht über die Grenzen der eigenen Schule hinaus zu ermöglichen. In Mecklenburg-Vorpommern fehlt es an Kriterien, an denen sich die pädagogischen Entscheidungen der Lehrkräfte orientieren. Denn diese Bedingungen sind die Grundlage dafür, dass das Lernen zwischen den Schulen in Schwerin, Rostock oder Neubrandenburg vergleichbar ist, ohne auf individuelles und kluges päd-

agogisches Handeln und Entscheidungen zu verzichten. Gegenwärtig können die Lehrkräfte keiner Mutter und keinem Vater erklären, und sogar nicht einmal den Kolleginnen und Kollegen der Nachbarschule, warum die Leistungen eines Kindes an jeder Schule anders bewertet werden, warum die Lernerfolge eines Kindes nicht mit denen eines anderen Kindes vergleichbar sind.

So entstehend tausende von unter-

schiedlichen Vorgaben und Festlegungen, die aber nicht die pädagogische Freiheit oder Vielfalt widerspiegeln, sondern die einfach zeitraubend und nervenaufreibend sind. Dadurch fehlt dann die Zeit, sich über die eigene Unterrichtsgestaltung, über die pädagogische Qualität und über die individuelle Förderung der Kinder auszutauschen.

Selbständig kann eine Schule nur agieren, wenn das Fundament jeder Schule stabil ist und dazu gehört eine Stabilität in der Stundenausstattung, in den Grundlagen der Benotung, in der Stundenverteilung sowie in den Regelungen zum Übergang in andere Bildungsgänge – und genau für diesen Anspruch streiten wir im Landtag, damit jedes Kind und jeder Jugendliche die besten Bildungschancen erhält.

Von Simone Oldenburg

Bahnstreik – pokerten Hasardeure auf unsere Kosten?

Von L. Tannhäuser

Mit ihrem Streik hat die Lokführergewerkschaft GDL und besonders ihr Vorsitzender Claus Wesselsky in den Medien hasserfüllte Kommentare auf sich gezogen, und auch unter den relativ wenigen Bahnreisenden, die Verständnis für das Anliegen der Streikenden zeigten, hieß es oft „Ja, aber doch nicht jetzt, wo ...“; - Solidarität ist in Deutschland offenbar ein rares Gut geworden. In den Leitmedien wurde der Streik zum Untergang des Abendlands hochgeschrieben und selbst auf Diskussionsseiten von attac las ich Wesselsky-Bashing, auch, weil er angeblich CDU-Mitglied (?) sei.

An der Hetzjagd auf das GDL-Gespenst beteiligten sich neben der Deutschen Bahn AG (als Tarifgegner noch einigermaßen verständlich) und den Medien auch die SPD und die DGB-Gewerkschaft EVG, die mit der GDL im Clinch liegt. Letztere hat gute Gründe, ihr Konkurrenz um die Mitgliedschaft von Bahnbeschäftigten zu machen. Die unrühmliche Rolle, die die EVG und ihre Vorgängerin Transnet beim Versuch der Bahnprivatisierung gespielt haben, ist vielen noch im Gedächtnis, weil sie schamlos die Arbeitgeberseite unterstützt hat. Zur Vorgeschichte dieses erbitterten Zwistes gehört auch der seiner-



GDL-Demonstration am Bahntower in Berlin am 07.11.2014

zeit skandalöse Seitenwechsel des Gewerkschaftsvorsitzenden Norbert Hansen (SPD), der ohne Übergangsfrist im Vorstand der Deutschen Bahn AG als Arbeitsdirektor anheuerte und nach knapp zwei Jahren im Job eine stolze Abfindung von 3,3 Millionen Euro als Judaslohn für seinen Kollegenverrat kassierte, - ein in der Gewerkschaftsgeschichte beispielloser Vorgang. Als Transnet dann 2007 einen Tarifvertrag mit der DB unterzeichnete, der gestattete, neue Lokführer zu Stundenlöhnen von 7,50 Euro einzustellen, wurde die Kampfeslust der GDL vollends geweckt und sie konnte in einem langwierigen Arbeitskampf ihren ersten großen Sieg erringen. Transnet, bar jeglichen moralischen Anspruchs, fusionierte schließlich 2010 mit der Beamten-gewerkschaft GDBA, die stets mit

der Deutschen Bahn AG fraternisiert hatte, zur DGB-Gewerkschaft EVG.

Die GDL nutzte die vielen Sünden ihrer Konkurrenten und es gelang ihr, in harten Arbeitskämpfen das Vertrauen vieler Bahnbediensteten, also nicht nur der Lokführer, zu gewinnen. Nach Ablauf eines befristeten Grundtarifvertrags, wonach sie bis dahin nur für die Lokführer verhandlungsbe-rechtigt war, pocht sie nun auf die verbrieft Vereinigungsfreiheit laut GG Art. 9, Abs.(3) und will auch für das bei ihr organisierte Zugbegleitpersonal verhandeln, was vor Gericht als rechtens erkannt wurde. Dass dieses Beharren auf ureigenen Positionen echter gewerkschaftlicher Beschäftigtenvertretung weder bei der DB AG noch bei der EVG auf Freude stößt, muss nicht verwundern.

Verwundern muss dagegen, dass die Schmutzkampagne in den Medien Erfolg hatte und dass kaum andere Gewerkschaften, noch weniger die Bevölkerung sich mit den wahrlich schlecht entlohnten Bahnbeschäftigten solidarisierten. Neid auf die außerordentlich schlagkräftigen Kampfmittel, die einer kleinen Spartengewerkschaft zur Verfügung stehen? Wundert man sich dagegen wohl nicht, wenn die Arbeitsministerin der SPD die Deutschland AG vor den bösen Umtrieben einer aufsässigen kleinen Gewerkschaft dadurch retten will, dass sie z. Zt. an einem Gesetz bosselt, dass die Handlungsmacht solch kleiner Spartengewerkschaften beschneiden soll. Man darf gespannt sein, ob es ihr gelingen wird, die Gewerkschaftslandschaft stromlinienförmig zu machen.

Der Gerechtigkeit halber muss – ich sag' es ungern – ausgerechnet der »Spiegel« von der Medien-schaltstelle in Sachen Streikberichterstattung ausgenommen werden. In ihm veröffentlichte Jakob Augstein kürzlich unter www.spiegel.de/politik/deutschland/bahn-streik-der-lokfuehrer-arbeitskampf-ist-ein-geschenk-a-1001337.html einen lesenswerten Text unter der Überschrift „Dank an die Lokführer“.

Wie recht er hat!

Irrsein ist Inn

Irre - heute ein Modewort aus der Jugendsprache, um Begeisterung auszudrücken.

Medien und Politiker nutzen diesen Begriff auch gern, wenn sie ihre Begeisterung über neue Kriege zum Ausdruck bringen wollen. Da kämpfte man in der Vergangenheit gegen den Irren von Belgrad, der Irren von Bagdad, den Irren von Tripolis und gegen den Irren von Damaskus. Man kämpft jetzt zwar noch nicht militärisch aber in den Medien tapfer gegen den Irren von Moskau.

Irre müssen diese sein, wenn sie nicht bereit sind, den selbsternannten Weltherrschern freiwillig den Zugang zu den Reichtümern ihrer Völker zu gewähren, trotz des Wissens um die Schlagkraft der hochgerüsteten NATO.

So muss man diese Völker von den Irren befreien, denn sie sind natürlich auch Diktatoren.



Viele Menschen werden dabei auch von ihrem Leben befreit, oder von ihren Häusern, Wohnungen, Heimatorten. Denn viele Tote und umfangreiche Zerstörungen der Lebensgrundlagen sind bei den humanistischen Befreiungsaktionen der ehrenwerten westlichen Welt natürlich nicht zu umgehen. Eigene Nachteile, wenn auch ge-

von Horst Neumann

ringe, müssen die Humanisten leider auch in Kauf nehmen, wie eigne Soldaten, die das Töten moralisch nicht überstehen oder Flüchtlinge, die aus ihrer zerstörten Heimat fliehen und einfach bei uns unterkommen wollen.

Es ändert sich die Welt und der Weltsicherheitsrat verändert sich auch. Er ist noch nicht ganz zu einem Weltunsicherheitsrat mutiert. Bisher hat er „nur“ die Kriege gegen Libyen und die Elfenbeinküste „bewilligt“. Kriege verhindern konnte und kann er bei soviel Irrsinn aber auch nicht mehr.

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen

Immanuel Kant

Dämonisierung, Desinformation, Kriegspropaganda, Lügen z.B. Irreführende Schlagzeilen



Bild-Zeitung: Putins Bomber lösen NATO-Alarm aus! - Zum Glück wurden sie von der NATO rechtzeitig abgefangen.

Tagesschau: Russische Jets lösen NATO-Alarm aus.

(Fakt ist, der Zustand oder der Begriff „NATO-Alarm“ ist in der NATO nicht definiert)

ARD/ZDF: „Vorfälle“ und „Zwischenfälle“ in europäischen Luftraum

(Fakt ist, nirgendwo wurde der Luftraum verletzt oder der Flugverkehr gefährdet.) (wut)

Scheinheiliger CDU-Gegenwind

Zum Artikel „Gegenwind für Investoren“, der am 13.11.2014 in der Gadebuscher-Rehnaer Ausgabe der SVZ erschien und den darin enthaltenen Aussagen des Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion erklärt Björn Griese, Vorsitzender der Linksfraktion im Kreistag Nordwestmecklenburg:

Was der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Thomas Grote, hier betreibt, ist scheinheilig und strotzt vor Hohn. Er suggeriert, dass der Kreis zu bestimmen hätte, wie Abstandsregeln für Windkraft-eignungsgebiete (WEG) oder das Mitspracherecht der Kommunen in dieser Frage aussehen könnten. Das stimmt jedoch nicht! Leider sind die Regionalen Planungsverbände (RPV) dafür zuständig. Ich hätte mir gewünscht, dass die rot-schwarze Landesregierung auch diese Aufgabe im Zuge der Kreisgebietsreform auf die Kreise übertragen hätte. Nun können wir zwar Erwartungen formulieren, wie dies der Kreistag Nordwestmecklenburg auch im Januar getan hat, aber lediglich hoffen, dass sie beim RPV Westmecklenburg gehört werden.

Es waren maßgeblich Vertreter der CDU, die dafür gesorgt haben, dass der RPV Westmecklenburg seine Entscheidungen mehrfach vertagt hat. Man hatte offensichtlich Angst, vor der Kommunalwahl unliebsame Entscheidungen zu treffen. Nun steht die Befassung im RPV erneut kurz bevor.

Ich halte es für absolut populistisch, dass die CDU sich nun im Kreistag als Anwalt der Kommunen darstellen wollte. DIE LINKE forderte von Anfang an, die Kommunen bei der Planung und bei den Gewinnen zu beteiligen. Leider ist lange klar, dass die rot-schwarze Landesregierung ihre vollmundigen Versprechen, die Beschlüsse der RPV zu respektieren und dementsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, größtenteils nicht wahr machen kann. Mittlerweile existiert ein vom RPV beauftragtes Gutachten, welches aussagt, dass der kommunale Wille unter den derzeitigen gesetzlichen Bedingungen nicht berücksichtigt werden kann. Diesen Teil des CDU-Antrages hatte ich im Kreistag sogar in meiner Rede unterstützt – denn kein Gesetz ist unveränderbar. Scheinheilig ist die Forderung jedoch, wenn man selbst in der Regierung sitzt.

Doch mehr noch habe ich ein Problem mit der Abstandsregelung der zehnfachen Anlagenhöhe, was ich auch im Januar-Kreistag kundtat. Bei modernen Windrädern mit einer Anlagenhöhe von über 200 Metern betrüge der Mindestabstand somit mehr als 2.000 Meter. Das hieße für NWM, dass eigentlich keine neuen WEG mehr entstehen könnten. Anlagen, die dichter als 1.000 oder gar 500 Meter (wie in den Anfangsjahren auch in unserem Kreis entstanden) zu Wohngebieten stehen, darf es nicht mehr geben. Die Belange der

betroffenen Kommunen und ihrer Einwohner müssen nicht nur deswegen berücksichtigt werden. DIE LINKE will die Energiewende und plädiert für die Neuausweisung von WEG mit Augenmaß. Schließlich sind die erneuerbaren Energien für Mecklenburg-Vorpommern eine Chance, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu halten.

Was die CDU völlig ausblendet, ist die Frage der Betreiber. Hier gilt es, die Vormachtstellung großer Unternehmen von außerhalb zu brechen! Bürgerwindparks, Genossenschaftsmodelle oder Kommunen selbst – die das Geld dringend gebrauchen können – als Betreiber sind ebenfalls möglich. Diese Optionen sollten durch Rot-Schwarz in Schwerin und Berlin erleichtert werden. Genauso wie die demokratische Mitbestimmung bei der Planung.

Bei solchem Scheinengagement der CDU im Kreistag muss die Frage erlaubt sein, ob man sich genauso kritisch an die eigenen Minister wendet. Nicht zuletzt lässt CDU-Kommunalminister Caffier die Kommunen ausbluten. Und SPD-Minister Pegel hat bestimmt nicht die Macht, DIE LINKE einzunorden!

Wir haben offene Ohren auch für die besondere Problematik in Gadebusch/Wakenstädt mit dem betroffenen historischen Schlachtfeld.

So stand eine Entlastung der unterrichtlichen Belastung durch Verlagerungen von Unterrichtsstunden aus der gymnasialen Oberstufe in die Orientierungsstufe sowie die

Sekundarstufe I sowie die Möglichkeit der Einführung von einer verbindlichen Prüfung in der Jahrgangsstufe 10 im Mittelpunkt der angenehmen Diskussion.



Ideenaustausch über Bildung

Am 16. Oktober besuchten zwei Schulklassen der 11. Jahrgangsstufe der Integrierte Gesamtschule „Bertolt Brecht“ aus Schwerin Helmut Holter und Simone Oldenburg.

Von Michael Heinze

Zwei Stunden, die wie im Fluge vergangen sind, diskutierten wir mit den offenen und an Verbesserungen im Bildungsbereich interessierten Schülerinnen und Schülern. Sie präsentierten ihre Ideen und unsere Fraktion legte ihre Vorstellungen über eine erfolgreiche Bildungspolitik dar, die von den Jugendlichen unbeschwert aufgegriffen worden.

Heidrun Teichmann ist neue Amtsvorsteherin

Heidrun Teichmann (DIE LINKE), die gleichzeitig ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Neuburg ist, wurde am Dienstag, den 14. Oktober einstimmig vom Ausschuss als ehrenamtliche Vorsteherin des Amtes Neuburg gewählt.

Die Wahl wurde nötig, weil Amtsvorsteher Dr. Thomas Grille vor wenigen Wochen unerwartet verstorben war. Heidrun Teichmann war seit 2013 die erste Stellvertreterin des Amtsvorstehers. Seit diesem Sommer musste sie die Aufgaben des Vorstehers bereits kommissarisch übernehmen.

Heidrun will die souveräne Amtsführung des Vorgängers im Interesse aller Gemeinden des Amtes und zum Wohle der Einwohner weiterzuführen. „Wir sind im Amt Dienstleister der Gemeinden und müssen dafür sorgen, dass wir mit den Geldern, die wir von ihnen bekommen, sorgsam umgehen und trotzdem alle Aufgaben bewältigen“, sagt die Neuburgerin. Eine Herausforderung, die nach ihren Worten besonders durch die enge Personaldecke nicht einfach sein wird.

Als erster Stellvertreter wurde Tino Schomann (CDU) gewählt. Die Wahl des zweiten Stellvertreters musste vertagt werden, weil sich bisher kein Kandidat fand. Zum Amt Neuburg gehören die Gemeinden Benz, Blowatz, Boiensdorf, Hornstorf, Krusenhagen sowie Neuburg.

Herzlichen Glückwunsch.



Unser Genosse
Klaus Erritt

ist kurz nach seinem 79. Geburtstag verstorben.

Er war über 55 Jahre Mitglied unserer Partei und setzte in wichtigen Funktionen seine ganze Kraft ein. Auch in schwierigen Zeiten ist er immer seiner Überzeugung treu geblieben. Durch seine aktive Arbeit in der Regionalgruppen RotFuchs und ISOR konnte er vielen Menschen linke Politik nahebringen. Er wird uns fehlen.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Buchvorstellung zur Ideengeschichte der USA

Als letzte und achtzehnte Veranstaltung des Jahres lädt der Freundeskreis Rosa Luxemburg zu einer Buchvorstellung mit dem amerikanisch-deutschen Autorenduo Malcolm Sylvers und Brigitte Domurath-Sylvers.

der Gegenwart“ wandten sich mit ihrer kritischen Untersuchung zur Ideengeschichte der USA einer bisher wenig beleuchteten Seite der Geschichte ihres Landes zu. Beide, er gebürtiger New Yorker und über 20 Jahre Geschichtsprofessor an der Università Ca' Foscari in Venedig, sie promovierte Berlinerin aus Neukölln, tun dies auf ebenso anschauliche und bildende wie seriöse und gewinnende Weise, indem sie Porträts ungewöhnlicher Amerikaner aus dem 17. bis 20. Jahrhundert zeichnen und damit ihrer Geschichte Gestalt und Profil geben. So gelingt es ihnen, trotz der berechtigten Ablehnung der US-Massenkultur, verbreitete europäische Vorurteile in Frage zu stellen, etwa dass USA und Geistigkeit sich ausschließen. Mit ihren Porträts belegen die Autoren dagegen, dass ihr Land viele originelle Geister hervorgebracht, die ihr Land wesentlich geprägt haben.

Lutz Tannhäuser

Malcolm Sylvers,
Brigitte Domurath-Sylvers



Mythen und Kritik in
der Ideengeschichte der USA:
25 Porträts

Die Veranstaltung findet am 9. Dezember im Rathaus Wismar, Raum 28 bei freiem Eintritt statt. Beginn ist um 19 Uhr.

Die beiden Verfasser von „US-Ideengeschichte und die Analyse

Podiumsgespräch zum Mauerfall



Trotz tagelang vorangegangener medialer Berieselung waren die Besucher einer Veranstaltung des Freundeskreises Rosa Luxemburg am 10. November im Wismarer TGZ dieses Themas noch nicht überdrüssig. Sie erlebten einen unaufgeregten und interessanten Abend. Zu einem Podiumsgespräch waren in der Region verwurzelte, keinen Parteien verpflichtete Menschen mit Erfahrungen aus unterschiedlichen beruflichen Zusammenhängen eingeladen, um das damalige Geschehen zu reflektieren. Gabriele Hümmörder sprach über ihre Erfahrungen in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen damals und jetzt, positionierte sich zu derzeit kursie-

renden Vorwürfen gegen die Heimkindererziehung und war besorgt wegen erlebten Drogenkonsums Jugendlicher heute. Aus Lothar Krause sprachen Kompetenz und Stolz des ehemaligen Fachdirektors der MTW, der zum guten Ruf der Werft auf dem Weltmarkt beigetragen hatte; dass diese nicht wie andere Großbetriebe der DDR abgewickelt wurde, erfüllt ihn heute mit Genugtuung. Hans Scheibner erzählte von den Arbeitsbedingungen eines Künstlers in der DDR und der BRD, aber auch davon, wie er in seinem Dorf veränderte Verhaltensweisen der Bewohner wahrnimmt. Er ließ es sich nicht nehmen, zwei große Tafelbilder mitzubringen, um die

Herzliche
Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im November und Dezember 2014 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unsere Genossin Liesbeth Pasewalk zum 93. Geburtstag. Genossin Hildegard Kaiser und Genossen Hans Eggert gratulieren wir zum 90. und Genosse Horst Kleibert erhält Glückwünsche zum 88. Auf 87 Lebensjahre blicken Genossin Lisa Clasen und Genosse Richard Däbritz zurück. Glückwünsche zum 86. Geburtstag gehen an Genossen Gerhard Reichelt und zum 85. Geburtstag gratulieren wir Genossen Heinz Brumme. Alle guten Wünsche zum 84. gehen an Genossin Hannelore Marquardt und

Genossen Horst-Ulrich Kurth und zum 83. gratulieren wir Genossen Gerhard Horn. Glückwünsche zum 82. Geburtstag senden wir an Genossin Waltraud Steigmann und zum 81. gratulieren wir Genossin Brigitte Wulf. Zum 80. wünschen wir Genossin Eva Mielke alles erdenklich Gute und zum 75. gehen gute Wünsche an die Genossinnen Gisela Graupmann und Gertraud Piehl. Glückwünsche zum 60. erhalten Genossin Lydia Schulz und Genosse Rainer Wilm. Zum 55. Geburtstag gratulieren wir Genossin Gundula Siegerth und Genossen Andreas Bluhm und Genosse Jörg Möller erhält Glückwünsche zum 50. Geburtstag.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteilarbeit.

sich bald interessierte Betrachtergruppen sammelten. Uwe Kurzbein von der Kommune Olgashof sprang kurzfristig für den erkrankten Bürgerrechtler Heiko Lietz ein und steuerte erfrischende Sichtweisen eines in der Region sesshaft gewordenen Alt-Bundesbürgers und praktizierenden Anarchisten bei; er wünschte sich mehr

Selbstbewusstsein und Solidarität der ehemaligen DDR-Bürger. Olaf Baale sorgte als Moderator umsichtig dafür, dass ausufernde Gespräche/Diskussionen immer wieder auf den vorgegebenen Kurs zurück fanden. Allen Beteiligten gilt unser Dank.

L. Tannhäuser



Kommentiert: Der parteiische Präsident

Dass Joachim Gauck mit uns ein Problem hat und wir mit dem Bundespräsidenten, ist bekannt. Es ist auch sein gutes Recht, dass er weiterhin eine bestimmte Sicht auf DIE LINKE hat. Das steht jedem Bürger zu.

Aber es steht dem Bürger Gauck nicht zu, diese Meinung als Staatsoberhaupt öffentlich zu vertreten. Nun übertritt er die Grenzen seines Amtes. Und noch mehr: Er greift indirekt sogar in den Prozess der Regierungsbildung in Thüringen ein. Joachim Gauck hat der Demokratie keinen Gefallen getan. (wut)